



STANDPUNKT

focus 4/13
Juni

Balanceakt zwischen Ansprüchen und Finanzen



Dr. Marcel Guignard
Stadtmann von Aarau und
Präsident des Schweizerischen
Städteverbandes

Städte und Gemeinden stehen für einen hohen Standard öffentlicher Dienstleistungen und für Lebensqualität. Dem gilt es Sorge zu tragen, gerade in Zeiten, in denen am Finanzhorizont dunkle Wolken aufziehen. Diese Verantwortung hat viele Facetten.

Der Service public soll verlässlich und mit Weitsicht so ausgestaltet sein, dass er möglichst kontinuierlich gesichert ist und künftige Entwicklungen antizipiert. Es gilt, den Puls von Bevölkerung und Wirtschaft zu fühlen. Gleichzeitig sollen diese wissen, was sie vom Staat erhalten. Die wenigsten Menschen bezahlen gerne Steuern und Gebühren – umso wichtiger ist, dass die Politik verständlich vermittelt, wofür Abgaben konkret dienen und dass die Dienstleistungen, welche oft gar nicht oder aber als selbstverständlich wahrgenommen werden, einen Preis haben.

Wofür ist das Gemeinwesen, wo der Einzelne verantwortlich? Wie viel Verursachergerechtigkeit und wie viel Ausgleich braucht es, damit die Integration unserer Gesellschaft langfristig gelingt? Um Antworten auf diese Fragen muss die Politik angesichts der wachsenden Komplexität der Aufgaben, der Abhängigkeiten und des Drucks, Prioritäten zu setzen, stets neu ringen. Diese Antworten

sind unabdingbar für Wohlstand und ein friedliches Zusammenleben.

Gerade Kostenverlagerungen von Bund und Kantonen auf die kommunale Ebene, welche die Etikette «Einsparungen» tragen, engen den Spielraum, der wegen des hohen Anteils an gebundenen Mitteln eh schon gering ist, zusätzlich ein. Neue Aufgaben durch übergeordnete Rechtsetzung verschärfen die Situation. Der Schweizerische Städteverband kämpft gegen Kostenverlagerungen und dafür, dass Bund und Kantone die kommunale Ebene, welche die Lasten trägt, in ihre Entscheidung einbeziehen.

Welche Infrastrukturen sind für eine wachsende Bevölkerung und neue Bedürfnisse notwendig? Werden Investitionen aufgeschoben oder wird der Unterhalt reduziert, ist dies nicht zwingend kurzfristig spürbar. Die Folgen zeigen sich oft erst längerfristig, dafür vielleicht mit erheblichen Mehrkosten – oder Entwicklungschancen können nicht realisiert werden.

Service public soll wirksam und effizient sein. Mitunter ist Mut gefragt, sich von Herkömmlichem zu verabschieden, scheinbar Bewährtes zu hinterfragen und für innovative oder unkonventionelle Lösungen einzustehen. Der Austausch zwischen Städten und Gemeinden hilft dabei, über den Tellerrand hinauszuschauen. Der Städteverband bietet die Plattform dafür.

Liebe Leserin, lieber Leser

Der Städtetag, der in diesem Jahr am 29./30. August in St. Gallen stattfindet, widmet sich dem Thema «Service public zwischen Anspruch und Selbstverantwortung: Was können, wollen und müssen wir uns leisten?». Schon jetzt bietet der «focus» eine thematische Einstimmung auf das Thema. Er diskutiert Grundsätze des Service public, geht den Grenzen und Möglichkeiten der kommunalen Leistungserbringung nach und fragt nach den Perspektiven des kommunalen Service public.

Nach beinahe viereinhalb Jahren «focus» haben wir unseren Newsletter leicht aufgefrischt. Sein neues Kleid ist zwar nicht in St. Galler Spitze, aber dennoch etwas leichter und luftiger als bisher. Wir hoffen, die neue Gestaltung gefällt und wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihre focus-Redaktion

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Qualität in der Versorgung wird immer mehr zu einem Erfolgsfaktor»



Thomas Scheitlin
Stadtpräsident von
St. Gallen

Thomas Scheitlin (60) verfügt über einen Abschluss der Universität St. Gallen und hatte verschiedene Funktionen in der Privatwirtschaft (u.a. UBS AG) inne. Von 2001 bis 2006 war er Präsident der Ortsbürgergemeinde St. Gallen.

Seit 2007 ist der FDP-Politiker Stadtpräsident der Gallusstadt und leitet die Direktion für Inneres und Finanzen, zu der u.a. die Fachstelle Kultur gehört. Er gehört dem Kantonsrat an und ist Mitglied des Vorstandes des Schweizerischen Städteverbandes.

Was gehört für Sie zum Service public einer Stadt wie St. Gallen?

Die Stadt St. Gallen stellt der Bevölkerung die gängigen Infrastrukturgüter und -dienstleistungen, wie sie in allen Städten vorhanden sind, zur Verfügung. Diese umfassen die Versorgung mit Wasser, Elektrizität und Gas sowie auch die Abfallentsorgung und Dienstleistungen in der Bildung, der Sicherheit, dem Sozialen usw. Speziell für St. Gallen ist das Angebot einer Glasfaserverbindung in alle Haushalte, ein kostenloses WLAN oder das Fernwärmenetz.

Wie wichtig sind diese Leistungen für die Standortqualität?

Eine hohe Qualität und Verlässlichkeit in der Versorgung mit einer modernen Infrastruktur und Dienstleistungen wird immer mehr zu einem Erfolgsfaktor. Dies sehen wir auch im Vergleich zum Ausland, wo in einigen Ländern diese Versorgung nicht immer gewährleistet ist. Wichtig scheint mir zudem, das Angebot an sich verändernde gesellschaftliche Bedingungen oder neue Trends anpassen zu können. Damit gelangt man auch in den Fokus von global tätigen Firmen.

Wo setzt die Stadt St. Gallen Schwerpunkte?

Wir setzen primär zwei Schwerpunkte. Einerseits wollen wir ein zeitgemässes, qualitativ hochstehendes Angebot an Leistungen zu günstigen Preisen ermöglichen. Andererseits geht es uns aber auch darum, ein innovatives Angebot zu erreichen. So wollen wir

unseren Einwohnerinnen und Einwohnern mit Glasfaser oder WLAN auch neue Dienstleistungen bieten. Damit können wir uns einen Standortvorteil herausarbeiten.

Was kann die Stadt besser, was Private?

Die Bereiche unseres Service public decken bewusst das ab, was der Private nicht anbieten kann oder will. Wir sind in diesem Sinne nicht besser als ein Privater in unseren Angeboten, aber anders. Wir konzentrieren uns auf Güter und Dienstleistungen, die 24 Stunden zur Verfügung sein müssen und für die kein eigentlicher Markt besteht. Das gilt insbesondere für die Infrastruktur.

Wie sollen, resp. können diese Leistungen finanziert werden?

Der Service public wird über zwei Einnahmequellen finanziert. Einerseits sind es Gebühren und andererseits sind es Steuereinnahmen. Der gebühren- und tarifbasierte Service public wird durch seine Nutzer finanziert. Wogegen die Finanzierung über Steuern all denjenigen Angeboten zu Grunde liegt, die der Allgemeinheit zu Gute kommen, so zum Beispiel die Strassenbeleuchtung oder polizeiliche Aufgaben.

Wird dies künftig schwieriger?

Die Finanzierung des in den letzten Jahren stark angestiegenen Angebotes an Service public wird im Zusammenhang mit den knapper werdenden Staatsfinanzen schwieriger werden. In den vergangenen Jahren wurden viele neue Bedürfnisse wie Kinder-

krippen, Horte, Mittagstische oder Aufgabenhilfen als Service public aufgenommen. Diese Ausdehnung lässt sich immer weniger finanzieren.

Was erwarten Sie vom Bund in Sachen Service public?

Der Bund hat auch seinen Teil des Service public zu erbringen. Dabei handelt es sich um flächendeckende, gesamtschweizerische Angebote wie den öffentlichen Verkehr oder die Post. Wichtig ist, dass eine präzise Aufgabenteilung umgesetzt wird. Dabei ist daran zu erinnern, dass das Subsidiaritätsprinzip eine sehr gute Art des Denkens für die Erbringung eines Service public ist. Das Angebot des Service public soll möglichst nahe am Konsumenten produziert und gesteuert werden. Und das ist vornehmlich die kommunale Ebene.

Wo sehen Sie die Stadt St. Gallen in 20 Jahren?

Die heutige Stadt St. Gallen wird das Zentrum einer vereinigten Stadtregion St. Gallen sein. Sie wird sich zwischen Bodensee und Flawil ausdehnen und die Hauptstadt einer neuen Bodenseeregion sein. Sie wird hervorragende Firmen und Mitarbeitende anziehen dank der Uni St. Gallen, dem Zentrumsspital oder der EMPA. Dabei spielt der Technologie- und Innovationspark eine wichtige Rolle. Die Jungunternehmerförderung trägt viel dazu bei, dass innovative Firmen in St. Gallen entstehen und in der Region ihren Sitz nehmen.

THEMA

Bürgernähe als Garantin eines verantwortungsbewussten Service public

Vermag die öffentliche Hand, namentlich die Städte und Gemeinden, auch künftig die Erwartungen der Bevölkerung an den Service public zu erfüllen? Wenn es darum geht, die steigenden Ansprüche mit knapper werdenden Finanzen unter einen Hut zu bringen, sind verschiedene Elemente von besonderer Bedeutung. Dazu einige Überlegungen.



Dr. Daniel Arn

Rechtsanwalt und Partner der Kanzlei Recht & Governance, Geschäftsführer Verband Bernischer Gemeinden (Mandat)

In der Theorie sind sich alle einig: Leistungen der öffentlichen Hand sind ein wesentlicher Faktor für die Standortqualität von Städten und Gemeinden. Die Einigkeit hört allerdings rasch auf, wenn es um die Frage geht, wie weit diese Leistungen gehen sollen und wie sie zu finanzieren seien. Wie können die steigende Anspruchshaltung der Bevölkerung und tendenziell sinkende Einnahmen der öffentlichen Hand in Einklang gebracht werden? Wie kann der Bevölkerung die Notwendigkeit von Steuern oder Gebühren für die Erbringung dieser Dienstleistungen erklärt werden?

«Hier ist unser föderales System gefordert, vermehrt in neuen, funktionalen Räumen zu denken.»

Elemente eines funktionierenden Service public

Für einen funktionierenden Service public sind eine Reihe von Elementen meines Erachtens von grosser Bedeutung: Zunächst ist die direkte Demokratie der beste Garant gegen abgehobene Politik und gewährleistet letztlich das Vertrauen der Zivilgesellschaft in das politische System. Weiter haben Konkordanz und Minderheitenschutz einen hohen Stellenwert und leisten einen wichtigen Beitrag zur Kohäsion unserer Gesellschaft.

Der verfassungsrechtliche Grundsatz der fiskalischen Äquivalenz stellt sicher, dass der Besteller auch die Finanzierungslast tragen muss, was der sich öffnenden Schere

zwischen steigender Anspruchshaltung und sinkender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit entgegenwirkt. Dabei müssen Steuerwettbewerb und Solidarität kombiniert werden. Der in der Schweiz ausgeprägte fiskalische Föderalismus kennt gleichzeitig eine sehr kooperative Ausprägung mit vielen Verbundaufgaben und einem sehr vielschichtigen vertikalen und horizontalen Finanz- und Lastenausgleich. Die Solidarität geniesst einen hohen Stellenwert.

Das Gebot der Subsidiarität sichert die Abgrenzung des Staates gegenüber der Zivilgesellschaft einerseits und eine möglichst bürgernahe Aufgabenerfüllung der öffentlichen Hand andererseits. Unter Inkaufnahme möglicher Einbussen an Spitzenprofessionalität erscheint die Aufgabenerfüllung auf Stufe Stadt oder Gemeinde immer noch als Erfolgsrezept, weil der Staat hier greifbar ist und sein Verhalten gegenüber den Betroffenen ständig rechtfertigen muss.

Spielräume für Städte und Gemeinden

Weder Kantone noch Städte und Gemeinden sind Agenturen der übergeordneten Staatsebene. Deshalb brauchen sie erhebliche Handlungsspielräume, um übergeordnete Politiken erfolgreich umsetzen zu können. Die Verwaltungen sind nicht der übergeordneten staatlichen Ebene Rechenschaft schuldig, sondern vielmehr ihren demokratisch legitimierten Behörden und letztlich den Stimmberechtigten ihrer Gebietskörperschaft. Staatliche Aufsicht muss sich auf die Überprüfung der Rechtmässigkeit beschränken, eine weitergehende Aufsicht im Ermessensbereich verwischt die Verantwortlichkeiten und ist abzulehnen.

Eine grosse Herausforderung liegt in der zunehmend mobilen Gesellschaft, die sich nur noch ausnahmsweise an die bestehenden – teilweise nur noch historisch zu begründenden – Grenzen hält und den Grundsatz der

Einheit von Bestellung/Finanzierung/Konsumation völlig durcheinanderwirbelt. Hier ist unser föderales System gefordert, vermehrt in neuen, funktionalen Räumen zu denken.

«Das Gebot der Subsidiarität sichert eine möglichst bürgernahe Aufgabenerfüllung der öffentlichen Hand.»

Das Zusammenspiel der staatlichen Ebenen ist im Rahmen einer Multilevel-Governance-Reform einer sanften Renovation zu unterziehen. Ohne den fiskalischen Föderalismus in den Grundzügen in Frage zu stellen, bedingen die ausgeprägten vertikalen Verflechtungen der staatlichen Ebenen eher eine Hinwendung zum und Betonung des kooperativen Föderalismus. Strikte Aufgabenteilungen mögen zwar am Anfang jeder Aufgabenteilungsdiskussion als Ziel genannt werden. Letztlich werden in vielen Fällen aber nur Verbundaufgaben mit einer differenzierten Finanzierungsverantwortung den sich stellenden Problemen gerecht. Um hier spürbare Fortschritte zu erzielen, führt nichts an staatlichen tripartiten Plattformen vorbei. Nur wenn Bund, Kantone, Städte und Gemeinden nach überzeugenden gemeinsamen Strategien und Steuerungsmechanismen suchen, kann einer Multilevel-Governance-Reform Erfolg beschieden sein. Die Regulierung der vertikalen Aufgabenerfüllung wie auch deren Finanzierung (Steuerpolitik!) bedingt eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit über alle Ebenen hinweg.

Und was soll nun der Staat tun, um die Bevölkerung von der Notwendigkeit und vom Nutzen von öffentlichen Abgaben zu überzeugen? Vorab sind sicher gute und sichtbare Leistungen des Staates sowie die Gewissheit, dass der Staat berechenbar und rechtsgleich handelt, wichtige Voraussetzungen der Akzeptanz staatlicher Abgaben. Schliesslich ist heute weltweit anerkannt, dass leistungsfähige Städte und Gemeinden wegen ihrer Nähe zur Bevölkerung einen sehr wichtigen Beitrag zur positiven Wahrnehmung des Staates beitragen. Hier können die Probleme noch identifiziert und die Verantwortlichen benannt werden.

POLITIK

Rückblick auf die Sommersession

Die Sommersession stand ganz im Zeichen der Debatte um die sogenannte «Lex USA». Dennoch traf das Parlament noch weitere wichtige Entscheide, beispielsweise in der Verkehrs- und der Sozialpolitik.

FABI-Vorlage am Ziel

Die Räte sind sich einig bei der Vorlage zur Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI), die einen neuen Bahnfonds und einen Ausbau des Bahnnetzes bis 2025 mit 6,4 Milliarden Franken vorsieht. Dieses Paket ist als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr» konzipiert, die beide Kammern ablehnten. Offen ist noch, ob das Komitee die Initiative zurückzieht.

KEV-Erhöhung lanciert

Ähnlich ist die Situation in der Energiepolitik: Einerseits lehnte das Parlament die Cleantech-Initiative der SP ab, welche verlangt, dass der schweizerische Energiebedarf bis 2030 zur Hälfte mit erneuerbaren Energien gedeckt wird. Andererseits verabschiedete es als indirekten Gegenvorschlag eine Änderung

des Energiegesetzes. Diese ermöglicht die Erhöhung der Abgabe für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) von heute 0,45 auf maximal 1,5 Rappen pro Kilowattstunde. Allerdings sind bis zu 600 Grossverbraucher davon ausgenommen.

Zweiter Teil der 6. IV-Revision scheitert

Als letztes Element in einer Reihe von Revisionsvorhaben hätte die IV-Revision 6b die Invalidenversicherung auf eine langfristig solide Basis stellen sollen. Das heutige System mit abgestuften Renten hätte durch ein stufenloses System ersetzt werden sollen. Zudem war die Einführung einer Schuldenbremse vorgesehen. Trotz Rettungsversuchen des Ständerates lehnte in der Grossen Kammer eine Mehrheit der Polparteien diesen zweiten Teil der IV-Revision ab.

Angenommen wurde hingegen eine Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, womit neu auch auf Lohnanteilen von Jahreslöhnen über 315 000 Franken ein Beitragsprozent erhoben wird. Dadurch sollen die Schulden der Arbeitslosenversicherung rascher getilgt werden.

Keine Kompensation der gestrichenen Rückerstattungspflicht durch die NFA

Nachdem die Rückerstattungspflicht des Heimatkantons in der Sozialhilfe abgeschafft wurde, sprach sich der Nationalrat in der Frühlingssession dafür aus, dass die Verliererkantone über eine Anpassung des Finanzausgleiches entschädigt werden sollen. Der Ständerat folgte jedoch seiner Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, die insbesondere staatspolitische Argumente geltend gemacht hatte, und lehnte die Motion ab.

Öffnungszeiten: Kantonale Feiertage von Harmonisierung ausgenommen

National- und Ständerat waren sich bereits einig, dass Läden ihre Produkte künftig in der ganzen Schweiz werktags mindestens bis 20 Uhr verkaufen dürfen sollen. Der Nationalrat änderte den Entwurf, indem er für eine Ausnahme im Falle kantonaler Feiertage plädierte. Oppositionslos stimmte der Ständerat der Änderung zu. Nun kann der Bundesrat eine Gesetzesänderung ausarbeiten lassen, über welche die Räte erneut befinden werden.

Vernehmlassungen

Verordnung über die Datenverknüpfung zu statistischen Zwecken

Statistische Informationen sind für den Städteverband und seine Mitglieder in vielen Bereichen wichtige Entscheidungsgrundlagen. Der Städteverband begrüsst daher die Schaffung einer Verordnung über die Verknüpfung von Bundesstatistikdaten mit Daten von Dritten (insbesondere von Kantonen und Städten), schafft diese doch mehr Rechtssicherheit im Bereich des Datenschutzes und trägt auch zu einer Entlastung in der täglichen Arbeit bei.

In seiner Stellungnahme fordert der Städteverband aber auch, dass die Verordnung der unterschiedlichen Grösse der Städte Rechnung trägt. Insbesondere soll das Kriterium der fachlichen Unabhängigkeit nicht mit der organisatorischen Unabhängigkeit gleichgesetzt werden. Denn in einer Reihe von Städten sind die Statistikfachstellen in Abteilungen mit anderen

Aufgaben eingegliedert, was sie aber in keiner Weise in ihrer fachlichen Unabhängigkeit einschränkt.

Für eine effizientere Erledigung von Bagatellfällen

Der Städteverband begrüsst die Totalrevision des Ordnungsbussengesetzes, mit der beabsichtigt wird, die Strafverfolgungsbehörden von der Ahndung geringfügiger Übertretungen zu entlasten. Durch die Erledigung von Bagatellfällen mittels Ordnungsbussenverfahren könnten die polizeilichen Organe ihre Mittel zukünftig effizienter einsetzen und die Verfolgung von schwereren Delikten umfassender wahrnehmen.

Der Städteverband spricht sich zudem dafür aus, auch geringfügige Übertretungen in weiteren Gesetzen, wie dem Ausländer-, dem Betäubungsmittel- oder dem Umweltschutzgesetz dem Ordnungsbussenverfahren zu unterstellen.

Für fachgerechten Taxameter-Einbau

Die Absicht des Bundes, eine gesamtschweizerisch einheitliche Regelung für den Einbau, den Betrieb und die Prüfung von Taxametern zu schaffen, wird von den Städten mehrheitlich positiv beurteilt. Allerdings ist eine grosse Mehrheit der Städte der Meinung, dass der Einbau der Taxameter nicht wie vorgeschlagen Sache der Fahrzeughalterinnen und -halter sein soll, sondern durch eine autorisierte Werkstatt ausgeführt werden müsse. Dies um das Risiko zu minimieren, dass solche Geräte zu Lasten der Fahrgäste manipuliert werden. Die gleiche Werkstatt könnte zudem auch alle 24 Monate sowie nach Reparaturen und anderen Veränderungen am Fahrzeug mit der Überprüfung der Messbeständigkeit betraut werden.

www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Preis «Gesunde Stadt/Gemeinde» 2013



Die Stadt Yverdon-les-Bains erhielt den ersten Gesundheitsförderungspreis für ihre umfassende «Politik der Gesundheit». Renate Amstutz, Direktorin des Städteverbands und Jurymitglied, überreichte den zweiten Preis der Gemeinde Horgen für ihre überzeugende Kinder- und Jugendpolitik. Die Gemeinde Wangen-Brüttisellen erhielt ebenfalls einen zweiten Preis für ihr beispielhaftes Gesundheitsförderungskonzept.

Die vier regionalen Fachjurys nominierten die Städte Lugano, Yverdon-les-Bains und Aarau sowie die Gemeinden Stans, Risch/Meierskappel, Horgen und Wangen-Brüttisellen. Der Preis wird getragen vom Bundesamt für Gesundheit, von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren, von Gesundheitsförderung Schweiz, vom Schweiz. Städteverband und dem Schweiz. Gemeindeverband sowie von der Gesundheitsstiftung RADIX.

www.gesunde-gemeinden.ch

Studie «Sichere Schweizer Städte 2025» veröffentlicht



Mehr als ein Jahr wurde daran gearbeitet, nun ist die Studie «Sichere Schweizer Städte 2025» abgeschlossen. Der Schlussbericht enthält eine Analyse der aktuellen und künftigen Gefährdungslage in Schweizer Städten und zeigt auf, welche Herausforderungen bis 2025 auf die Städte zukommen. Darauf basierend werden Strategien vorgestellt, mit denen Städte und Gemeinden auf absehbare Entwicklungen reagieren können. Schliesslich wurde eine Liste mit möglichen Massnahmen, um den Gefährdungen zu begegnen, erarbeitet.

Die Studie «Sichere Schweizer Städte 2025» zeichnet sich durch einen innovativen methodischen Ansatz aus. Sie wurde gemeinsam vom Schweizerischen Städteverband, der Firma Ernst Basler + Partner sowie 33 Pilotstädten erarbeitet. Es handelt sich um eine empirische Untersuchung, die sowohl objektive Fakten wie auch subjektive Wahrnehmungen von Sicherheit einbezieht.

Zentrale Herausforderungen sind Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum, Risse in der Gesellschaft, eine wachsende Tech-

Information ist alles!



Die Schweizerische Konferenz der Stadt- und Gemeindeglieder (SKSG), der Schweizerische Städteverband und der Schweizerische Gemeindeverband organisieren am 8. November in Olten eine Fachtagung mit dem Titel «Information ist alles – wie Städte und Gemeinden kommunizieren». Information und Kommunikation sind für Städte und Gemeinden zentrale Themen.

An der zweisprachigen Tagung mit Simultanübersetzung geht es um die Veränderungen in der Medienlandschaft, den Wandel im Medienkonsum sowie um die Besonderheiten der Kommunikation von Behörden. In drei zur Auswahl stehenden Ateliers werden praxisbezogene Fragen rund um die Kommunikation von Städten und Gemeinden diskutiert. So geht es um Kommunikationskonzepte, die Gemeinde als Medienunternehmerin oder die Kommunikation bei Volksabstimmungen.

nikabhängigkeit, die mögliche Ausbreitung von Pandemien oder klimatische Veränderungen. Damit wird deutlich: Sicherheit in Städten und Gemeinden zu erzielen, ist eine Querschnittsaufgabe, und um Sicherheit in den Städten weiter zu gewährleisten, braucht es eine integral verstandene, proaktive Sicherheitspolitik.

Dieses breite Sicherheitsverständnis entspricht den Strategien und Handlungsoptionen, welche die Studie «Sichere Schweizer Städte 2025» vorschlägt. Sie reichen von handlungsfähigen Sicherheitsnetzwerken bis zu städtebaulichen Massnahmen. Sie umfassen die Stärkung von Gewaltprävention und sozialer Arbeit ebenso wie ausreichende Ressourcen für die Sicherheitsorganisationen. Und sie heben auch die Bedeutung einer aktiven Kommunikation und von adäquaten rechtlichen Rahmenbedingungen hervor. Die Studie sowie eine zusammenfassende Broschüre kann beim Städteverband bestellt bzw. elektronisch abgerufen werden.

www.staedteverband.ch

Kurzmeldungen

3. openaxs FTTH Conference

Städte bauen Glasfasernetze – und somit eine zukunftsfähige Telekommunikationsinfrastruktur. Doch auch kleinere und mittlere Städte und Gemeinden sollen den Sprung in die Zukunft wagen und dadurch den Wert ihres Standorts nachhaltig sichern. Wie dies gehen kann, zeigen die Fallbeispiele der Regionen und Gemeinden, die an der 3. openaxs FTTH Conference am 21. August 2013 in Spreitenbach (AG) im Zentrum stehen.

www.openaxs.ch

Erstes SuisseID Provider Forum

Die SuisseID ist seit drei Jahren auf dem Markt und entwickelt sich weiter. Am ersten SuisseID Provider Forum, das am 27. August 2013 im Stade de Suisse in Bern stattfindet, erfahren die Teilnehmenden mehr darüber, wie diese Neuerungen aussehen, welchen Beitrag die SuisseID zur Optimierung des elektronischen Geschäftsverkehrs von Firmen und Behörden leistet und vieles mehr.

www.suisseid.ch

Modellvorhaben weisen den Weg

Die nächste Ausgabe des Forums Nachhaltige Entwicklung am 27. August 2013 widmet sich dem Thema «Modellvorhaben weisen den Weg – Neue Allianzen und innovative Ansätze für eine nachhaltige Raumentwicklung». Die Veranstaltung ermöglicht eine Bilanz der Modellvorhaben zwischen 2007 und 2011 und zeigt auf, wie es weiter geht.

www.are.admin.ch

WHO-Konferenz für altersfreundliche Städte

Vom 9. bis 11. September 2013 findet in Quebec City, Kanada, die 2. Internationale Konferenz für altersfreundliche Städte unter dem Titel «Zusammen Leben, zusammen Altern in unserer Stadt» statt. Behördenmitglieder aller Ebenen sowie Vertreterinnen und Vertreter von Fachorganisationen aus der ganzen Welt werden teilnehmen und erhalten die Möglichkeit, Ideen für eine aktive, zukunftsorientierte Haltung in Bezug auf eine altersfreundliche Ausgestaltung ihrer Städte und Gemeinden auszutauschen.

www.afc2013.ca

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 29./30. August 2013** **Städtetag 2013** in St. Gallen
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 6. September 2013** **«Nachtung»: Einblicke in das städtische Nachtleben** in Zürich
Information: Barbara Jenni, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 12. September 2013** **Städtische Wohntagung** in Solothurn
Information: Barbara Jenni, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 8. November 2013** **Tagung «Information ist alles – wie Städte und Gemeinden kommunizieren»** in Olten
Information: Martin Tschirren, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Organisation Kommunale Infrastruktur

- 16. September 2013** **AufbauSeminar Kommunikation für Führungskräfte** in Nottwil
Information: Stephanie Glutz, Telefon 031 356 32 42, info@kommunale-infrastruktur.ch

Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 5. Juli 2013** **Mitgliederversammlung der Städtekonferenz Mobilität** in Bern
Information: Roman Widmer, Telefon 031 356 32 32, roman.widmer@skm-cvm.ch
- 5. September 2013** **11. Sicherheitskongress der Konferenz der städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren** in Zürich
Information: Andrea Bucher, Telefon 044 411 70 26, andrea.bucher@zuerich.ch
- 6. September 2013** **Herbstkonferenz der Städteinitiative Bildung** in Zürich
Information: Telefon 044 413 86 53, info@staedteinitiative-bildung.ch
- 24./25. Oktober 2013** **Delegiertenkonferenz der Städtekonferenz Kultur** in Nyon
Information: Jürg Kobel, Telefon 033 225 84 35, info@skk-cvc.ch
- 8. November 2013** **Herbstkonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik** in Genf
Information: Ursi Krajnik-Schweizer, Telefon 044 412 67 36, ursi.krajnik@zuerich.ch

Weitere Organisationen

- 27. August 2013** **Forum Nachhaltige Entwicklung «Modellvorhaben weisen den Weg»** in Bern (Patronat SSV)
Information: www.are.admin.ch, Telefon 031 322 78 69
- 27. August 2013** **Suisse ID Provider Forum** in Bern (Patronat SSV)
Information: www.suisseID.ch
- 28. August 2013** **IT-Beschaffungskonferenz 2013** in Bern (Patronat SSV)
Information: www.ch-open.ch, Telefon 044 350 26 56
- 20. November 2013** **Fachtagung Netzwerk Freiwillig Engagiert «Hauptsache Anerkennung»** in Olten
Information: www.netzwerk-freiwillig-engagiert.ch, Telefon 052 620 37 51

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband (SSV), Monbijoustrasse 8, Postfach 8175, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Ariane Gigon (und Übersetzungen), Christina Grab, Barbara Jenni, Lukas Meyer, Sybille Oetliker, Martin Tschirren, Roman Widmer
Bildnachweis: Rolf Siegenthaler, Stadt St.Gallen (S. 2)
Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch